

Nebräer Anzeiger



Amliches Blatt für die Veröffentlichungen des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint
Mittwoch und Sonnabend vormittag.
Bezugspreis monatlich:
durch den Post ins Haus gebracht 6.00 Mark.
Durch die Post 18.00 Mark, durch die Briefträger
frei ins Haus 18.00 Mark vierteljährlich.

Zeitung für Stadt und Land

Geschäftsstelle in Nebra:
Frau Kaufmann Meiß, Markt 84/85.

Anschrift für alle Postsendungen: Sauer'sche Buchdruckerei in Krosleben.
Telefon: Amt Krosleben Nr. 21. Postfachkonto: Leipzig 22832.

Nr. 27. Mittwoch, den 5. April 1922. 35. Jahrgang.

Erkaiser Karl 7.

Der frühere Kaiser Karl, der in seinem Zwangsarrest durch die Fatale Malaria seit einiger Zeit an der Grippe erkrankt war, ist dieser heimtückischen Krankheit am Freitag erlegen. Es sind mit der österreichischen Regierung Verhandlungen eingeleitet, um die Ueberführung der Leiche nach Wien zu ermöglichen. Die Beisetzung soll in aller Stille in der Familiengruft der Habsburger erfolgen. — Es ist wohl vorzugehen, daß mit dem Tode Kaiser Karls nunmehr endgiltig die Rolle der Habsburger ausgespielt ist.

Aus der Umgegend.

Für Benzolverbraucher. Nach einer Zuschrift der Benzolverteilungsgesellschaft Berlin wird die bisherige Benzolmengenbeschränkung mit Wirkung vom 1. April 1922 aufgehoben werden, nachdem der wirtschafts-politische Ausschuss des vorläufigen Reichsausschusses in seiner Sitzung vom 15. März 1922 dieser Maßnahme einstimmig zugestimmt hat. Die entsprechende Bekanntmachung des Herrn Reichswirtschaftsministers wird in den nächsten Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden. Die Zuzahlung von Benzol für den Monat April findet infolgedessen nicht mehr statt. Dagegen werden die im Monat März ausgefallenen und noch bestehenden Mischlinien nicht verfallenen Benzolverbraucherscheine aus nach dem 1. April 1922 zu den bisherigen Höchstpreisen beliefert werden.

Eine Rundgebung der Kinderreichen. Der Reichsverband der Bund der Kinderreichen hielt am Sonntag im Zirkus Busch in Berlin eine Versammlung ab, um zu den, den Verband berührenden Tagesfragen Stellung zu nehmen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der eine Erleichterung der steuerlichen Lasten für die kinderreichen Familien verlangt wird. Weiter wird verlangt, daß bei öffentlichen Wahlen kinderreiche Männer und Frauen für jedes Kind eine Zusatzstimme erhalten. Ferner fordern die Kinderreichen Verzeihung von allen direkten und indirekten Steuern, freie Schulpflicht für die Kinder und Vergünstigungen bei Eisenbahnfahrten. Von den Hauswörtern wird verlangt, daß jeder Hausgenosse in seinem Haus den Kinderreichen mindestens eine Wohnung zum halben Mietpreis zur Verfügung stellt. Wenn der Hauswirt diese Forderungen verweigert, so müsse er in entsprechender Weise finanziell bei der Erteilung von Wohnungen herangezogen werden. Ferner wird verlangt, daß bei der Befragung von Stellungen die gleiche Qualifikation der kinderreichen bevorzugt werden. Für künftige Mütter werden in der Entschließung Müttererwerb gefördert. Von Staat und Gemeinden wird eine Erhöhung der Kinderzulagen verlangt. Die letzteren sind den maßgebenden Körperstellen bewilligten Kinderzulagen seien als schimpfliche Almosen zu betrachten.

Zwangsjugentanz Mark Krefeld. Der Reichshof hat den für die persönliche Mitnahme von Zahlungsmitteln nach dem Ausland festgesetzten Höchstbetrag von 3000 auf 20000 Mark erhöht, soweit es sich nicht um persönliche Mitnahme im kleinen Grenzverkehr handelt. Für die Mitnahme von Zahlungsmitteln nach dem Sarggebiet im Reiseverkehr ist jedoch die Höchstgrenze von 3000 Mark bestehen geblieben.

Eisenach, 1. April. [Ein netter Kriegskamerad.] Bei dem Gastwirt Ghehardt auf dem Großen Hirsberg logierte sich kürzlich ein ehemaliger Kriegskamerad mit seiner angehenden Ehefrau auf drei Tage ein. Nachdem sie eine Woche von Tausenden gemacht hatten und von dem Gastwirt an das Bezahlen erinnert worden waren, machten sie allerlei Ausflüchte und versuchten, Ghehardt und dessen Frau mit einem Schlafmittel, das sie ihnen in den Koffer gegeben, zu betäuben, um dann mitzunehmen, was nicht viel und nagelstarr war, und unter Hinterlassung der bedeutenden Zechschuldbücher zu verschwinden. Während die Frau trank und bald in einen tiefen Schlaf versank, merkte der Wirt an dem bitteren Geschmack des Kaffees, daß dieser einen Zusatz erhalten hatte, und ließ ihn stehen. In demselben Augenblick verließ das Verbrechenpaar fluchtartig den Hirsberg. Die Frau konnte bald ergriffen und in Sicherheit gebracht werden, während der Gauner entweichen konnte.

Langenlata, 3. April. [Schweres Explosionsunglück.] Ein schwerer Unfall ereignete sich in der hiesigen Ziegelei von Rudolf Hartung. Dort war am Sonnabend kurz nach der Mittagspause ein Arbeiter damit beschäftigt, Benzol aus einem Faß in ein kleineres Gefäß zu gießen. Plötzlich explodierte das Faß und löste die Werkstatt in Flammen. Alle vier in dem Raume anwesenden Arbeiter erlitten schwere Brandwunden. Zwei mußten dem städtischen Krankenhaus zugewiesen werden. In ihrem Aufkommen wird gewartet. Das Feuer konnte von den übrigen Arbeitern der Ziegelei gelöscht werden. Die Ursache der Explosion wird darauf zurückzuführen sein, daß einer der Arbeiter geräuchert hat.

Leipzig. Es ist jetzt wieder ein Geleß des Reichspräsidenten vom 19. Januar bekannt, den dieser dem künftigen Ministerium des Innern mitgeteilt hat. Darin heißt es: Auf Grund des Art. 97 Abs. 5 der Reichsverfassung und des § 17 des Gesetzes betr. die Befreiung des Reichshaushaltplanes 1921 wird zum Ausbau des Weier- (Eber-) Kanals mit Anfluß nach Leipzig (Mittellanal) die Erneuerung des romanischen Landes für unzulässig erklärt.

Zeit. Wie bereits während der Staatsbeobachtungen im anhaltischen Landtag von einem demokratischen Redner angebeutet worden war, droht jetzt ein neuer schwerer wirtschaftlicher Schlag, der noch bedeutungsvoller sein soll, als der drohende Verlust der anhaltischen Volksschule. Wie verlautet, soll es sich darum handeln, daß die Stadt Zeit ihre Garnison verlieren wird, die sie nun seit mehr als 80 Jahren gehabt hat. Das würde die wirtschaftliche Verhältnisse Zeit's allerdings empfindlich treffen und seine allgemeine Bedeutung, die schon unter der politisch und staatswirtschaftlich recht steifmütigen Behandlung der Stadt in den letzten Jahrzehnten, ganz abgehen von seiner so unglücklichen Lage zu den großen Eisenbahnverkehrsachsen schwer gelitten hat, erneut erheblich beeinträchtigen. Seitens der Stadtverwaltung wird sicherlich alles getan, um einen solchen schmerzlichen Schlag rechtzeitig abzumenden.

Ein neues Wohngesetz und die alte Wohnungsnot.

Vorbetrachtungen zum Reichsmietengesetz.
Von Edwin Sack.

Der Reichstag hat seine Beschlüsse, das Reichsmietengesetz zu genehmigen, unterdrückt und das Gesetz genehmigt. Welche Vorteile und Nachteile bringt dieses Gesetz erlennt den Wohnunglosen und Wohnungsuchenden, zweifeln die Mieter und dritten den Vermietern? Die wohnungslosen und wohnungsuchenden Familien, Witwen, Waisenkinder, Heimbeförderung usw. haben von dem Gesetz gar nichts zu erwarten, denn es verschärft die Wohnungsnot und legt den Grund zu noch größerem Wohnungsnot, indem es die Wohnentwicklung und Wohnschöpfung durch Verschärfung der Zwangswirtschaft hemmt und einen nicht zu berechnenden Beamtenapparat schafft, der die Mittel aufzehrt, die eine kluge Staatswirtschaft der Wohnschöpfung zuführen würde. — Der Gedanke, den Wohnungswirtschaft (Hausbau und Haushaltung, Häuserbau und Baugewerbe, Geländerschließung und Siedlung) würde natürliche Lebensbedingungen zu schaffen, daß es wie einst die etwa frei wachsenden Gärten und Gärten, so jetzt zur Wohnschöpfung verwenden könnte, ist dem Gesetz ganz fremd. So wird z. B. noch in Zukunft jeder Haus- und Grundbesitzer noch rund 10 Proz. des Grundvermögens, also ungefähr den Eigenanteil des Besitzers, durch Grundwertsteuern und Steuern entzogen. Und dieser Verlust wird durch erhöhte Mieten ohne jede Wertschöpfung wieder ersetzt werden müssen.

Auf die Erzeugung und Umsetzung solcher Steuerlasten durch den Staat geht das Gesetz über, das es jetzt erzwungen Besitz in einer Hand versetzt. Hier aber legt es zunächst einen Sachverständigenapparat in Tätigkeit, der den Mietwert der Wohnungen auf den 1. Juni 1914 festzusetzen und die vom Hauswirts zu liefernden Angaben und Unterlagen zu prüfen hat. Auf diesen Mietwert werden dann die Hundertsätze der Zuschläge festgesetzt, die erhöhte Steuern, Zinsen, für laufende Instandhaltungen und für die besonders zu zahlenden großen Instandhaltungen. Und dann, wenn diese Berechnungen beendet und fertig gemacht sind, wird die viel leicht durch neue Verhältnisse schon längst überholt. Dann geht die Arbeit und der Kostenaufwand von vorn los wie bisher der Streit auf den Einigungsämtern. Bei all dieser Zeit und Geld vergebenden Streitarbeit wird kein Stein auf den anderen gesetzt. Also, für Wohnunglosen: „Nacht alle Hoffnung draußen!“

Zweitens die Mieter befinden sich unter dem Reichsmietengesetz in ganz ungleicher und zum Teil ungünstiger Lage. Viele von ihnen haben den Vorteil, daß ihnen die großen und billigen Wohnungen, die ihnen durch die glückliche Kriegskonjunktur zugefallen sind, auch weiterhin gemessenmaßen als Besitz erhalten bleiben. Und wenn sie geschäftlich tätig sind, so können sie die Wohnungslosen als Untermieter auch noch so weit ausnützen, daß deren Leid ihnen zur Freude wird. Ebenso können auch weiterhin Waisenheime mit dem Mieterschutz und ihrem Mietrecht einen Handel treiben und ohne Wertmindernde Gewinne einheimen, die der Wohnschöpfung nicht zuzute kommen. Andere Mieter, die im Krieg die Geschäft und ihr Einkommen verloren und ihren Lebensaufgaben müßten, oder eine möglichst kleine Wohnung genommen haben, befinden sich natürlich gerade in der gegenwärtigen Lage, als die Wohnungswirtschaft und Untermieter, also fast auf gleicher Stufe, wie die Wohnungslosen. Sie werden ebenfalls in dem neuen Gesetz keinen Schöpferdienst erlösen können.

Schließlich das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter wird kaum gebessert. Der Mieter soll bebauter mehr zahlen als bisher, und der Vermieter soll mehr für Instandhaltung und Sanftmachung leisten und für seine eigene Verwaltungskosten endlich auch einmal eine tarifmäßige Entschädigung erhalten. An dem Meinungsstreit hierüber werden sich gewiß auch Sachverständige und Parteivertreter mit fassen. Ein Mieterrat wird nicht geschaffen. Ueber die ordnungsgemäße Verwendung der geschätzten Mittel macht die Gemeinde- und Landesbehörde. Die Mieter, die bisher durch langfristige Verträge geschützt waren, können nun auch mit zu den höchsten Verträgen herangezogen werden. Das ist nicht nur ein Vorteil für den Vermieter, sondern auch für den

verpflichteten und zahlungswilligen Mieter. Denn bisher mußte der Hauswirt die höheren Zahlungen des einen Mieters zur Deckung der Verluste durch den „langfristigen“ verwenden und konnte sie nicht dem Zweck der Haushaltung zuführen, dem sie doch der zahlungswillige ausgeführt haben sollte. Die Beiträge und Zuschläge des Mieters gliedern sich in Betriebskosten (höhere Steuern, öffentliche Abgaben, Versicherungen, Zinsen, Hypothekenregelungskosten usw.), Zuschläge für laufende Instandhaltungsarbeiten (Paragraf 7) Beiträge für große Instandhaltungsarbeiten. Diese festgesetzten Beiträge aber sollen nicht direkt vom Mieter dem Vermieter, sondern einer Verwaltungsgesellschaft an dessen Gehalt gezahlt werden, und diese bestimmt dann die Häuser, die zuerst bebaut werden sollen. Hierdurch sind alle Mieter und Vermieter gleichermaßen Häuser benachteiligt gegen die vernachlässigten, und dem Schiebterum bieten sich ungeheure Möglichkeiten. Solche Einzelheiten können aber erst nach Veröffentlichung des in letzter Stellung festgestellten Vorlautes eingehend besprochen werden.

Das Gesetz bringt also dem Vermieter manche Vorteile gegen seine bisherige Lage, benutzt ihn aber weiterhin der Vertragsfreiheit und des Verfügungs- und Veräußerungsrechts an seinem Eigentum. Dem Mieter schadet es seine bisherige Wohnung, legt ihm aber bedeutend größere Zahlungsverschöpfung, also noch höhere Mietsteigerungen auf. Dem Wohnunglosen nicht gar nichts. Der Gesamtheit legt es durch Schaffung eines ungeheuren Beamtenapparates (man spricht von 70-90000 Mann) neue Steuerpflichten auf. Also Gesamtwirkung: die alte Not, neuer Streit, neue Kosten, neue Steuern.

*** Das endgiltige Ende der Thüringischen Kleinststaaten.** Der 31. März ist von geschichtlicher Bedeutung für die thüringischen Kleinststaaten, insofern, als mit Freitag, den 31. März 1922, die Gebietsregierungen der sieben im Lande Thüringen vereinigten Staaten aufgelöst worden sind. Zur Abwicklung der laufenden Angelegenheiten sind Gebietsvertreter eingesetzt worden.

*** Eine 16-jährige Vatermörderin.** Die 16-Jahre alte Käthe Stoll, eine Landarbeiterstochter, wurde in Schwegenheim verhaftet. Sie hat eingestanden, daß sie ihrem Vater Arsenik in das Essen mischte, als sie es zur Arbeitsstätte brachte. Stoll ist nach dem Genuß der vergifteten Mahlzeit gestorben.

*** Die Franzosen spielen wieder mit der Finte.** Paris, 30. März. Der Präsident der Reparationskommission Louis Dubois hielt gestern beim Reichstag der Union für Handel und Industrie eine Rede, worin er über die Rolle der Reparationskommission sprach, die die Aufgabe habe, die Reparationszahlungen in Deutschland festzusetzen und den alliierten Regierungen Mitteilungen zu machen, falls Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfülle. Die alliierten Regierungen hätten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit Deutschland zahle. Die alliierten Regierungen müßten die Befragung fordern, nötigenfalls mit Gewalt. Wenn Frankreich, das durch den Krieg am meisten gelitten hat und dessen schwere Wunden noch immer bluten, es von den Alliierten nicht erlangen könne, daß diese zur Gewalt greifen, dann ist es allein Frankreich, um zu handeln, und wenn dies auch mit seinen Kanonen und Bajonetten wäre. — Der großmächtige Dubois scheint ganz sicher zu sein, daß er persönlich nicht mitmarschieren braucht. Diese Art Leute bleiben in der Regel zuhause — dort wie bei uns.

*** Große Wassernot in Serbien.** In Sibirien ist eine katastrophale Ueberschwemmung eingetreten. Die Stadt Witrovia und Umgegend und viele Gegenden im ehemaligen Sanbatsch Njagabaz liegen unter Wasser. Nach bisheriger Schätzung beträgt der angerichtete Schaden über 20 Millionen Dinar.

R. Jaedel: „Frohe Wandertage im Unstrutal“. So eben erschienen im Heimatverlag von Richard Jaedel, Querfurt. Preis brosch. 12.— M. und geb. 16.— M. Zu beziehen direkt vom Verlag und durch sämtliche Buchhandlungen.

Frohe Wandertage im Unstrutal werden jedem Wanderlustigen bereit werden, der sich dem, soeben von Richard Jaedel, Querfurt herausgegebenen Unstrutalführer leisten läßt. Der Naturfreund findet in diesem Wandererführer eine große Zahl vom Verfasser selbst gemachte herrliche Aufträge, neben diesen — und das ist besonders betont — zahlreiche Anregungen zur Sammlung schöner Eindrücke, die für den Wanderer von bleibendem Wert sein sollen. Aber nicht allein zeigt dieser neue Unstrutalführer eine Lebenswerte Eigenart. Einen schönen Vorzug muß man auch anerkennen, daß die im Wandererführer eingelebten geschichtlichen Momente nicht in nüchternen Belegen, sondern in flüssiger, ansprechender Form beigelegt sind. Recht gut ist dem Verfasser auch die Beschreibung der Merkwürdigkeiten der Unstrutalgegenden, und die trefflichen Illustrationen tragen wesentlich dazu bei, den Wert des Führers zu erhöhen. Im ganzen genommen bildet das Buch eine Wanderung von Querfurt über Artern — Krosleben — Nebra — Burgschleibungen — Laucha — Freyburg — Großjena zur Unstrutalmündung und zurück nach Querfurt. Eine genaue Landkarte vom Unstrutal verollständig dieses beautifulen Wanderbuch, das ein wertvolles Stück unserer Heimatbücher darstellt und jedem Unstrutalwanderer gewiss gute Dienste leisten wird.

Annahme des Vertrauensvotums

248 Stimmen für, 81 gegen die Regierung.

(Nach der 198. Sitzung.)

Am den Anfang der 198. Reichstagsungung stellte man mehrere Gegenstände, um bis zum Abschluss der Debatte über die ausstehende Forderung und die Reparationsnote Zeit zu gewinnen. Man war in der Mittagspause noch nicht fertig, einig, wie und in welcher Form die Abstimmung vorgenommen werden sollte. Nachdem die Vollpartei erklärt hatte, sie würde sich dem Vertrauensvotum der Deutschnationalen der Stimme enthalten, wänderte der Kanzler einen ausdrücklichen Vertrauensantrag der Regierungspartei. Dem wollte wieder die Vollpartei nicht zustimmen, weil sie zwar die Erklärungen der Regierung zur Note, nicht aber die gesamte „Erklärungspolizei“ des Kabinetts billigt. Schon damals wieder die Gefahr einer Keimkeim aus, als das Zentrum mit dem Einverständnis des Kanzlers förmlich einen Antrag einbrachte, der nur die Billigung der Regierungserklärung ansprach. Damit war die Vollpartei einverstanden. Die Unabhängigen verhielten sich dazu neutral und die Mehrheit für den Kanzler erschien damit ausreichend gegeben. — Ein Gegenentwurf, der etwa-ähnliche Rechtsangelegenheiten betraf, d. h. die Zuständigkeit deutscher Gerichte bei Vermögensverhältnissen usw., in elab-ähnlichen Rechtsfragen regelt, wurde ebenfalls angenommen. Mit dem Antrag sollte die erste Beratung eines Entwurfs über die Rechte, die Unabhängigen und Kommunisten ausgenommen, über die Unterstützung von Rentenempfängern der Zwangs- und Angehörigenverficherung.

Der Antrag von, soweit besondere Umstände es fordern, den Rentenempfängern eine erhöhte Unterstützung zu gewähren, ist das das Gesamtjahresertrögen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente oder eines Ruhegeldes den Betrag von 4000 Mark, einer Witwen- oder Waisenrente den Betrag von 3000 Mark, einer Witwenteile den Betrag von 2000 Mark erreicht.

Abg. Karsten (N-Soz.) verlangte, daß die Möglichkeit der Behinderung außer Betracht bleibe und auf die Unterstützung in allen Fällen ein Rechtsanspruch genährt werde. Auch die Höhe des Zuschusses wurde in dem Antrag festgelegt, nur plumpere Ausdrücke enthalten.

Abg. Meyer-Weidau (Soz.): Die schärfste Verabschiedung des beantragten Gesetzes ist notwendig, damit die Einzeländer baldigst die Ausführungsbestimmungen erlassen können.

Abg. Wobms (Deutsche Wp.): Den Invaliden liegt mehr an einer Aufbesserung, die in den Grenzen des möglichen liegt, als an präventiven Versicherungen.

Präsident: Der Vizepräsident, Herr Reichert, hat an dem sozialen Empfinden des Reichsarbeitersministeriums zu zweifeln, besteht nicht. (Zurufe von den Kommunisten: Aber hier steht!) Wir müssen uns in den Grenzen des möglichen halten. Der Antrag wurde mit 10 Millionen der Reichsnoten.

Abg. Karsten (N-Soz.): Die Summe von 10 Millionen würde bei weitem nicht erreicht werden, diese Zahl ist aus der Luft gegriffen.

Damit schloß die erste Lesung und die Beratung wurde darauf in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung konnte nicht vorgenommen werden, da der Abg. Karsten Widerspruch erhob. Präsident Leobe stellte fest, daß es nicht auf die dritte Lesung durch die Zustimmung der Kommunisten unmöglich gemacht werden, den Invaliden zum 1. April schon die Zahlung zu gewähren.

Weiterbesprechung der Reparationserklärung.

Abg. Dr. Reich (Komm. Vollpartei): Einem wieder Friedenssinn und dem Wunsch nach einem raschen Wiederantritt der Arbeit ist zu wünschen. Der Reichskanzler ist mit den Ministerpräsidenten der einzelnen Länder in Verbindung gekommen hat, und das Einverständnis ist jetzt in der Mitteilung über die Unmöglichkeit der Erfüllung der einzelnen Forderungen und über den unzulässigen und entwürdigenden Charakter im Ton und der Zustimmung des Vorgesetzten. Es wäre erwünscht gewesen, daß diese Einmütigkeit sich auch auf die Reichsnote gezeigt hätte. Leider aber ist der Wunsch an Einsicht wie bei den Gegnern auch bei uns selbst festzuhalten.

Abg. Dr. Reuß (Komm. Arbeitssinn) betonte: Aber uns schwebt das Verständnis, daß zur Zeit der Weltwirtschaft in Deutschland kein Mensch dachte, die Grundlagen der Demokratie zu wahren. Darum werden wir heute diesen Antrag stellen. Ich erkläre, daß keine Parteigenossen gegen das Vertrauensvotum stimmen würden.

Daselbst hat der Abg. Reich (Komm.) der im übrigen sich barzium bemühte, daß die ganze Erklärungspolizei auf sich der deutschen Reichsregierung übertragen werden, die deutschen Arbeiter betrieben werde. Daran seien auch die Reichs- und Reichsministerialräte.

Damit schloß die Aussprache.

Im Zentrum lag folgender Antrag vor:

Der Reichstag verwahrt sich gegen die in der Note der Reparationskommission enthaltenen Forderungen, die die deutschen Interessen untragbar überfordern und billigt daher keinen Vertrag, der diese Forderungen erfüllt.

Was er sich erlaubt hatte, das war dringender, seine geringen Bitten erhielt er erst in Monatsfrist. Aber wäre er reich geworden — nur auf wenige Wochen — über so! Der Zeit mußte er sich überlassen, ihm einen Weg zu zeigen, abzuwarten und weiter zu beobachten. Er stand auf und langsam, dem Kopf geneigt, die Hände auf dem Rücken, schloß er den Weg zum Hotel ein. Im Weichbild empfing ihn der Keller mit der Nachricht, daß schon am nächsten Morgen auf seinen bei der Nach- die Beschreibung stimmte auf Sekretär Busse, den er seit langer Zeit nicht mehr gesehen und in seiner Wohnung nicht angetroffen hatte. Dreimal war er zu verschiedenen Zeiten draußen bei ihm gewesen, aber jedesmal war die Gartenkur verschlossen und vor den Fenstern hinter den Büschen und Geraniendöpseln die grünen Löden herabgefallen.

Er hatte sich dieses Bedenkes, dem er alles erzählte, mit dem er sich beraten konnte, denn er wußte, daß der alte Mann mit einer Art jugendlicher Schwärmerei an ihm hing, und seiner absoluten Diskretion konnte er verzichern sein.

Als er sein Zimmer betrat, fiel sein Blick auf ein Telegramm, das mitten auf der Tischplatte lag. Er hielt es nur eine gedächtnislose oder herulische Sache, und schmeckte gleichgültig den Umschlag. Was interessierte ihn jetzt außer der eine? Wie unwichtig und klein kam ihm alles vor neben dem, was er vor einer Stunde erlebt hatte?

Aber wenn aus wolkigen Höhe jetzt ein Blitz vor ihm niedergefahren wäre, er hätte nicht paroliert, nicht erschrocken auf sein kleines Stück Papier haben können, das fertig in seiner Hand sitzt, als er auf einen Stuhl niedersank.

„Freier Kurt von Wittgen auf Hoheneck geben werden. Anwesenheit des Reichsboten dringend geboten.“

die von der Reichsregierung auf dieser Note abgegebenen Erklärungen.

Ferner lag das Vertrauensvotum der Deutschnationalen vor, zu dem die Kommunisten einen Unabstimmungsvorschlag stellten.

Abg. Reuß (Deutsche Wp.) gab zu dem Antrag seiner Präzision eine Erklärung auf.

Abg. Reuß (N-Soz.) erklärte, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten dem Vertrauensantrag der Regierungspartei ablehnen, sich gegenüber dem Vertrauensantrag der Regierungspartei ablehnen, die alle die Haltung der Deutschnationalen ablehnen, daß keine Partei auf dem Boden des Vertrages des Zentrums steht; und alle Änderungsanträge ablehnen.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Koenen (Komm.), Dr. Reuß (Komm. Arbeitssinn), Schulz-Brönberg (Deutschnat.), Reuß (Soz.), Wang (Komm.), Reich (Komm. Arbeitssinn), die alle die Haltung ihrer Parteifreunde begründeten, wurde zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag der Kommunisten auf ein glattes Vertrauensvotum wurde mit 248 gegen 81 Stimmen angenommen. Der Antrag der Deutschnationalen wurde namentlich abgelehnt. Der Antrag wurde mit 312 gegen 60 Stimmen abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Deutschnationalen, den zweiten Satz des Vertrauensvotums zu streichen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 302 gegen 60 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen gleichfalls abgelehnt.

Darauf wurde über den Antrag des Zentrums namentlich abgestimmt. Er wurde mit 248 gegen 81 Stimmen bei 43 Stimmenthaltungen angenommen.

Damit war die Besprechung der Regierungserklärung erledigt.

Einem Nachtragsantrag wurde ohne Debatte in zweiter Lesung folgende Fassung gegeben:

Es folgte die zweite Lesung eines Nachtrags zum Besetzungsgesetz.

Die Vorlage wurde unter Ablehnung aller Änderungsanträge nach dem Ausschlußbeschlüssen in zweiter Lesung angenommen und gleich darauf ohne Erörterung auch in dritter Lesung.

Der Entwurf der Änderung des Personengesetzgesetzes und des Wehrmachtsverpflichtungsgesetzes wurde in zweiter Lesung erledigt.

Das Problem der großen Anleihe.

Vorbereitungen in Paris.

Der Gedanke einer großen internationalen Anleihe zur Durchführung der deutschen Zahlungen, der bereits in der letzten Einheitennote erwähnt und in der Kanzlerrede aufgearbeitet wurde, scheint in Paris weiter verfolgt zu werden. Die Reparationskommission hat die

Bildung eines Sonderparlamentarischen Ausschusses

befohlen, der Studien machen und der Reparationskommission einen Bericht einreichen soll über die Bedingungen, zu denen die deutsche Regierung eine oder mehrere Anleihen in den Ausland aufnehmen könnte, deren Ertrag für den teilweisen Rücklauf der Reparationsanleihe verwendet würde. Es würden zu diesem Zweck besonders sachkundige Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern berufen, auch aus solchen, die bei der Reparationskommission nicht vertreten seien. Sehr vorläufig kommt hierzu der „Empfänger“, daß sich um einen einheitlichen Plan handle, den die Reparationskommission geprüft habe. Man sieht also, daß die Franzosen diesem Plan nicht besonders freundlich gegenübersehen.

Das Schlichterungsabkommen.

Die Reparationskommission hat nach längeren Beratungen die vier Axiome, die die deutschen Sachverständigen grundrisslich in der Einheitsnote festgelegt sind, am 6. Oktober 1921 unterzeichneten Wiesbadener Abkommen über die Zahlleistungen, sowie das am Tage danach geschlossene Danziger Abkommen über die Reparationen, an deren Stelle das Schlichterungsabkommen treten soll. Dieser und das Schlichterungsabkommen vom 27. Februar 1922 und die in Berlin am 18. März 1922 paraphierte französisch-deutsche Ergänzung zum Wiesbadener Abkommen, die das Besondere des Schlichterungsabkommens auf Frankreich ausdehnt.

Von Nah und fern.

Ein Seebadhotel als Pflanzlingsort. Eines der größten Hotels in Seebad Müritzen, der „Waldsee Hof“ ist von der Regierung beschlagnahmt worden. Ein Dane hatte das Hotel vor zwei Jahren ankauft und es dann leer stehen lassen, nachdem er die Mühen nach Kopenhagen

gebracht hatte. Nach der jetzt verfallenen Beschlagsnahme durch die Regierung sollen in dem Hotel Wohnungen für Flüchtlinge aus dem Osten eingerichtet werden.

Der zehn Zehnjährige begnadigt. Zehn Personen, die bei dem Zehnjährigen Brandstiftung zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden sind, wurden jetzt begnadigt und aus der Strafsache entlassen.

Vermerksammlung für einen Erziehung. Der frühere Erziehungsrat von Elberfeld, der nach dem Krieges in der Schweiz, das naturhistorische lassen und gegenwärtig in Regensburg im Kanton Jülich wohnt, ist, wie ein englisches Blatt meldet, genügt, Arminienverführung zu beziehen.

Große Brände in Petersburg. In Petersburg brach, russischen Blättermeldungen zufolge, an einem Tage eine Reihe großer Feuersbrünste aus. Die beiden elektrischen Kraftstation und ein Teil des Mittelbahnhofs sind niedergebrannt, die ehemalige Reichsbank und der neue Hof haben beträchtlichen Brandschaden davongetragen. Am folgenden Tage entstand ein Brand auf der elektrischen Kraftstation „Seltos“. Die Brände führten diese Brandkatastrophen auf Brandstiftungen zurück.

Neues Erbeben in Serbien. In der Nähe von Belgrad wurde ein gewisses heftiges Erbeben wahrgenommen. Der Ort, an dem hier ein Erdbebenepizentrum bestand, lag etwa 32 Kilometer vom Südpol der Stadt entfernt.

Gerichtshalle.

Die Abhandlungsurkunde des Herzogs von Braunschweig. Gegen den Braunschweiger Revolutionär August Meißner, dessen Sohn kürzlich wegen Beteiligung an den Braunschweiger Unruhen in einen längeren Haftstrafe verurteilt worden ist, führte ein Verfahren wegen Unterschlagung. Wie die Anklage behauptete, hatte Meißner die Abhandlungsurkunde des Herzogs Ernst August von Braunschweig und Einhebung für widerrechtlich angekauft und sie durch einen anderen, dem in Göttingen weilenden Herzog von Kurfürst anbeten lassen. Nachdem der Prozeß gegen Meißner mehrfach vertagt worden war, ist jetzt das Verfahren gegen ihn durch Beschluß der Braunschweiger Strafkommission auf Grund der letzten Anklage eingestellt worden, da der Angeklagte nicht nur von Eigentum, sondern auch von politischen Motiven getrieben worden sei.

Der Regierungsrat als Kriegswahner. Aus Berlin wird berichtet: Der wegen Kriegswahners und Herabwürdigung eingeleiteter Meißner gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Regierungsrat Dr. Bendiner, den Kaufmann Herrn, den Direktor Gremmler und den Kaufmann Engler ist nach vierjähriger Verhandlung beendet worden. Der Bendiner war seit Anfang 1916 Leiter der literarischen Abteilung bei der 3. G. Er hat mit dem Angeklagten Herrn, der jetzt Leiter des Kriegsverbandes der Flugzeugindustrie gewesen ist, große Privatgespräche in St. Pauli, Christian, Streichen, Westfälische usw. geführt und sich gegen Engler mühte auf Grund der Unmündigkeit eingeleitet werden. Gremmler wurde freigesprochen. Dr. Bendiner wurde zu 6 Monaten Gefängnis und 35000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der von ihm erzielte Übergang von 4200 Mark wurde als dem Staat verfallen erklärt. Der Angeklagte Herr wurde wegen Seitenhandels zu 2 Monaten Gefängnis, die als verfallen erklärt, und 25000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Stimmelergebnisse im April. Die Auf- und Untergangzeiten der Sonne sind am 1. d. Mts. 5 Uhr 25 Minuten und 6 Uhr 32 Minuten, am 11. d. Mts. 5 Uhr 35 Minuten und 6 Uhr 48 Minuten, am 21. d. Mts. 5 Uhr 45 Minuten und 7 Uhr 10 Minuten, am 30. d. Mts. 4 Uhr 54 Minuten und 7 Uhr 21 Minuten.

10 Uhr tritt die Sonne aus dem Zeichen des Widlers in das des Stiers. — Den Mond sehen wir zu Anfang des Monats als schmale zunehmende Sichel; am 5. d. Mts. steht er im ersten Viertel. Am 11. haben wir Vollmond, am 19. letztes Viertel und am 27. Neumond. — Von den Planeten durch der Merkur in diesem Monat noch unsichtbar. Die durch ihr fahrendes weißes Licht auffallende Venus ist zunächst eine halbe, hinter etwa 10. April, abwärts am westlichen Abendhimmel zu finden. Der Mars ist etwa 3 1/2 Stunden zu beobachten. Der Jupiter, der er in Opposition kommt, ist die ganze Nacht hindurch zu sehen. Desgleichen ist der Saturn die ganze Nacht hindurch sichtbar. — Im Volksmunde sagt man dem April besonders launisches Wetter nach. Tatsächlich haben wir das unangenehme, veränderliche Wetter in der Regel bereits im März durch unvorhersehbar veränderliche Witterung ausgesetzt, jedoch wir für den April mit einer Verhüllung der Wetterlage rechnen dürfen.

Er hatte eben das zu ihm telegraphisch angesetzt und nach dem Keller gelangt, als leise an die Tür geklopft zu de.

Auf sein „Gereim“ erhob sich Busse fagere Gestalt mit einem sonderbar begnadigten Rücken in den schlauren Mann.

„Sie haben sich gewiß gemindert, Herr von Wittgen, daß ich gar nichts von mir hören ließ“, begann Busse, nachdem er Platz genommen hatte.

„Ich habe Sie dreimal aufgesucht, jedoch leider vergeblich.“

„Ich weiß. Die Nachbarn haben mir's erzählt. Ich war nämlich ein paar Tage verreist.“

„Ich sol — Kleine Vergnügungstour gemacht?“

„Wie man's nimmt. Mein Vergnügen dabei war, einer guten Sache zu dienen. Ich bin nämlich in Ihrem Interesse fortgegangen.“

„Wie soll ich das verstehen?“ fragte Herbert erkaunt.

„Es ist einfach, lieber Herr Baron. Sie erinnern sich, daß wir beide an einem Abend Betanungen mit dem Kaiser beschlagnahmt hatten, daß für die ganze inname Geschichte in gar kein schriftliche Beweis vorhanden ist, daß der Fuchs so schlau war, seine gravierende Beile aus der Hand zu geben. Denn hätten wir irgend was Geschriebenes gehabt, so hätten wir doch jetzt alle Unschuldige nicht mehr. Und da fiel mir was ein. — Ich sagte Ihnen nichts davon und ließ den Gedanken ganz in mir ansetzen. Warum in Ihnen umhin zu lassen, wenn ich nicht mehr? Und da hab ich denn gedacht und gedacht, habe fondiert wie ein Spürhund und bringe Ihnen heute ein Reultat.“

„Was bringen Sie mir?“ schrie Herbert auf — „einen Beweis? Einen richtigen, unüberleglichen Beweis?“

(Fortsetzung folgt.)

Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt für die Veröffentlichungen des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint
Mittwoch und Sonnabend vormittag.
Bezugspreis monatlich:
durch den Post ins Haus gebracht 6.00 Mark.
Durch die Post 18.00 Mark, durch die Briefträger
frei ins Haus 18.00 Mark vierteljährlich.

Zeitung für Stadt und Land

Geschäftsstelle in Nebra:
Frau Kaufmann Meiß, Markt 84/85.

Anschrift für alle Postsendungen: Sauer'sche Buchdruckerei in Rottleben.
Telefon: Amt Rottleben Nr. 21. Postfachkonto: Leipzig 22832.

Nr. 27. Mittwoch, den 5. April 1922. 35. Jahrgang.

Erkaiser Karl 7.

Der frühere Kaiser Karl, der in seinem Zwangsarrest durch den Josef Maderitz seit einiger Zeit an der Grippe erkrankt war, ist dieser heimtückischen Krankheit am Freitag erlegen. Es sind mit der österreichischen Regierung Verhandlungen eingeleitet, um die Ueberführung der Leiche nach Wien zu ermöglichen. Die Beisetzung soll in aller Eile in der Familiengruft der Habsburger erfolgen. — Es ist wohl vorauszusehen, daß mit dem Tode Kaiser Karls nunmehr endgiltig die Rolle der Habsburger ausgespielt ist.

Aus der Umgegend.

Für Benzolverbraucher. Nach einer Zuschrift der Benzolverteilungsgesellschaft Berlin wird die bisherige Benzolverteilungsmittel mit Wirkung vom 1. April 1922 aufgehoben werden, nachdem der wirtschafts-politische Ausschuß des vorläufigen Reichsausschusses in seiner Sitzung vom 15. März 1922 dieser Maßnahme einstimmig zugestimmt hat. Die entsprechende Bekanntmachung des Herrn Reichswirtschaftsministers wird in den nächsten Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden. Die Zusammenfassung von Benzol für den Monat April findet infolgedessen nicht mehr statt. Dagegen werden die im Monat März ausgekauften und noch zu behebenden Mengen nicht verfallenen Benzolverteilungsscheine auch nach dem 1. April 1922 zu den bisherigen Höchstpreisen beliehrt werden.

Eine Rundgebung der Kinderreichen. Der Reichsverband der Bund der Kinderreichen hielt am Sonntag im Zirkus Busch in Berlin eine Versammlung ab, um zu den, den Verband berülligenden Tagesfragen Stellung zu nehmen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der eine Erleichterung der steuerlichen Lasten für die kinderreichen Familien verlangt wird. Weiter wird verlangt, daß bei öffentlichen Wahlen kinderreiche Männer und Frauen für jedes Kind eine Zusatzstimme erhalten. Ferner fordern die Kinderreichen Verzeihung von allen direkten und indirekten Steuern, freie Schulpflicht für die Kinder und Vergünstigungen bei Eisenbahnfahrten. Von den Hauswörtern wird verlangt, daß jeder Hausgenosse einen in seinem Haus den Kinderreichen mindestens eine Wohnung zum halben Mietpreis zur Verfügung stellt. Wenn der Hauswirt diese Forderungen verweigert, so müsse er in entsprechender Weise finanziell bei der Erziehung von Wohnungen herangezogen werden. Ferner wird verlangt, daß bei der Vergütung von Stellungen die gleiche Qualifikation der Kinderreichen bevorzugt werden. Für füllende Mütter werden in der Entschädigung Minderungen gefordert. Von Staat und Gemeinden wird eine Erhöhung der Kinderzulagen verlangt. Die Legens von den maßgebenden Behörden bewilligten Kinderzulagen seien als schimpfliche Almosen zu betrachten.

Zwangszulagen Markt Reifeberg. Der Reichsausschuß hat die persönliche Mitnahme von Zahlungsmitteln nach dem Ausland festgesetzten Höchstbetrag von 3000 auf 20000 Mark erhöht, soweit es sich nicht um persönliche Mitnahme im feinen Grenzverkehr handelt. Für die Mitnahme von Zahlungsmitteln nach dem Saargebiet im Reiseverkehr ist jedoch die Höchstgrenze von 3000 Mark bestehen geblieben.

Eisenach, 1. April. [Ein netter Kriegskamerad.] Bei dem Gastwirt Eghardt auf dem Großen Hirsberg logierte sich kürzlich ein ehemaliger Kriegskamerad mit seiner angehenden Ehefrau auf drei Tage ein. Nachdem sie eine große von Tausenden gemacht hatten und von dem Gastwirt an das Begehren erinnert worden waren, machten sie allerlei Ausflüchte und versuchten, Eghardt und dessen Frau mit einem Schlafmittel, das sie ihnen in den Koffee gegeben, zu betäuben, um dann mitzunehmen, was nicht nicht und nagelstarr war, und unter Hinterlassung der bedeutenden Zehnjahrs zu verschwinden. Während die Frau krank und bald in einen tiefen Schlaf versank, merkte der Wirt an dem bitteren Geschmack des Kaffees, daß dieser einen Zusatz erhalten hatte, und ließ ihn stehen. In demselben Augenblick verließ das Verbrecherpaar fuchsigartig den Hirsberg. Die Frau konnte bald ergriffen und in Sicherheit gebracht werden, während der Gauner entweichen konnte.

Langenlza, 3. April. [Schweres Explosionsunglück.] Ein schwerer Unfall ereignete sich in der hiesigen Ziegelei von Rudolf Hartung. Dort war am Sonnabend kurz nach der Mittagspause ein Arbeiter damit beschäftigt, Benzol aus einem Faß in ein kleineres Gefäß zu gießen. Plötzlich explodierte das Faß und rißte die Werkstatt in Flammen. Alle vier in dem Raume anwesenden Arbeiter erlitten schwere Brandwunden. Zwei mußten dem künftigen Krankenhaus zugeführt werden. In ihrem Aufkommen wird gezwungelt. Das Feuer konnte von den übrigen Arbeitern der Ziegelei gelöscht werden. Die Ursache der Explosion wird darauf zurückzuführen sein, daß einer der Arbeiter geräuchert hat.

Leipzig. Es ist jetzt wird ein Gelehrter des Reichspräsidenten vom 19. Januar bekannt, den dieser dem Reichspräsidenten Ministerium des Innern mitgeteilt hat. Darin heißt es: Auf Grund des Artikels 97 Abs. 5 der Reichsverfassung und des § 17 des Gesetzes betreffend die Festlegung des Reichshaushaltplanes 1921 wird zum Ausbau des Wasser- und Elektrizitätsnetzes nach Leipzig (Mittelaltkanal) die Eröffnung des römischen Landes für irrtümlich erklärt.

Zerbst. Wie bereits während der Staatsdebatten im anhaltischen Landtag von einem demokratischen Nebräer angekündigt worden war, droht Zerbst ein neuer schwerer wirtschaftlicher Schlag, der noch bedeutungsvoller sein soll, als der drohende Verlust der Anhaltischen Volkshochschule. Wie verlautet, soll es sich darum handeln, daß die Stadt Zerbst ihre Garnison verlieren wird, die sie nun seit mehr als 80 Jahren gehabt hat. Das würde die wirtschaftliche und staatswirtschaftlich recht steuermäßiger Behandlung der Stadt in den letzten Jahrzehnten, ganz abgesehen von seiner so unglücklichen Lage zu den großen Eisenbahnverkehrsachsen schwer gelitten hat, erneut erheblich beeinträchtigen. Seitens der Stadtverwaltung wird scharf alles getan, um einen solchen schmerzlichen Schlag rechtzeitig abzuwenden.

Ein neues Wohngesetz und die alte Wohnungsnot.

Vorbetrachtungen zum Reichswohngesetz.
Von **Dr. Edwin Sack.**

Der Reichstag hat seine Bedenken, das Reichswohngesetz zu genehmigen, unterdrückt und das Gesetz genehmigt. Welche Vorteile und Nachteile bringt dieses Gesetz erfindet den Wohnungslosen und Wohnungssuchenden, zweifeln die Mieter und die Vermieter? Die wohnungslosen und wohnungssuchenden Familienväter, Brautpaare, Heimeisler usw. haben von dem Gesetz gar nichts zu erwarten, denn es verschärft die Wohnungsnot und legt den Grund zu noch größerem Wohnungsbedarf, indem es die Wohnmiete und Wohnschöpfung durch Verschärfung der Zwangswirtschaft hemmt und einen nicht zu berechnenden Beamtenapparat schafft, der die Mittel aufzehrt, die eine kluge Staatswirtschaft der Wohnschöpfung zuführen würde. — Der Gedanke, dem Wohnungswerbe (Hausbesitz und Hausbau, Hausbau und Baugewerbe, Geländeerwerb und Siedlung) würde natürliche Lebensbedingungen zu schaffen, das es, wie einst die etwa frei wachsenden Gärten und Gärten, so jetzt zur Wohnschöpfung verwenden könnte, ist dem Gesetz ganz fremd. So wird z. B. noch in Zukunft jeder Haus- und Grundbesitzer noch rund 10 Proz. des Grundvermögens, also ungefähr den Eigenanteil des Besitzers, durch Grunderwerbsteuern und Steuern entzogen. Und dieser Verlust wird durch erhöhte Mieten ohne jede Wertschöpfung wieder ersetzt werden müssen.

Auf die Erzeugung und Umlegung solcher Steuerlasten durch Wohnwechsel geht das Gesetz überhaupt nicht ein. Es legt einen Pfand in einer Hand voraus. Hier aber liegt es zunächst einmal Sachverständigenapparat in Tätigkeit, der den Mietern der Wohnungen auf den 1. Juni 1914 festzusetzen und die vom Hausworte zu liefernden Angaben und Unterlagen zu prüfen hat. Auf diesen Mietern werden dann die Hunderte der Zuschläge festgesetzt.



rechtshafter und zahlungswilliger Mieter. Denn bisher mußte der Hauswirt die höheren Zahlungen des einen Mieters zur Deckung der Verluste durch den „langjährigen“ verwenden und konnte sie nicht dem Zweck der Haushaltung zuführen, dem sie doch der zahlungswillige ausgereicht haben sollte. Die Beiträge und Zuschläge des Mieters gliedern sich in Betriebskosten (höhere Steuern, öffentliche Abgaben, Versicherungen, Zinsen, Hypothekenregelungen usw.), Zuschläge für laufende Instandhaltungsarbeiten und (Paragraf 7) Beiträge für große Instandhaltungsarbeiten. Diese letztgenannten Beiträge aber sollen nicht direkt vom Mieter dem Vermieter, sondern einer Verwaltungsgesellschaft an dessen Eigentum. Dem Mieter sichert es seine bisherige Wohnung, legt ihm aber bedeutend höhere Zahlungsverpflichtungen, also noch höhere Mietsteigerungen auf. Dem Wohnungslosen nicht es gar nicht. Der Gesamtheit legt es durch Schaffung eines ungeheuren Beamtenapparates (man spricht von 70—90000 Mann) neue Steuerpflichten (an Pfand von 70—90000 Mann) neue Steuern, neue Steuern.

Das endgiltige Ende der Thüringischen Kleinstaat. Der 31. März ist von geschichtlicher Bedeutung für die thüringischen Kleinstaat, insofern, als mit Freitag, den 31. März 1922, die Gebieteregierungen der sieben im Lande Thüringen vereinigten Staaten aufgelöst worden sind. Zur Abwicklung der laufenden Geschäfte sind Gebietserretter eingesetzt worden.

Ein 16-jähriger Vatermörderin. Die 16-Jahre alte Käthe Stoll, eine Landarbeiterstochter, wurde in Schwegenheim verhaftet. Sie hat eingestanden, daß sie ihrem Vater Arsenik in das Essen mischte, als sie es zur Arbeitsstätte brachte. Stoll ist nach dem Genus der vergifteten Mahlzeit gestorben.

Die Franzosen spielen wieder mit der Finte. Paris, 30. März. Der Präsident der Reparationskommission Louis Dubois hielt gestern beim Reichstag der Union für Handel und Industrie eine Rede, worin er über die Rolle der Reparationskommission sprach, die die Aufgabe habe, die Reparationszahlungen in Deutschland festzusetzen und den alliierten Regierungen Mitteilungen zu machen, falls Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllen. Die alliierten Regierungen hätten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit Deutschland zahlen. Die alliierten Regierungen müßten die Begahlung fordern, nötigenfalls mit Gewalt. Wenn Frankreich, das durch den Krieg am meisten gelitten hat und dessen schwere Wunden noch immer bluten, es von den Alliierten nicht erlangen könne, daß diese zur Gewalt greifen, dann ist es allein Frankreich, um zu handeln, und wenn dies auch mit seinen Kanonen und Bajonetten wäre. — Der großmäulige Dubois scheint ganz sicher zu sein, daß er persönlich nicht mitarschieren braucht. Diese Art Leute bleiben in der Regel zuhause — dort wie bei uns.

Große Wassersnot in Serbien. In Südserbien ist eine katastrophale Ueberflutungsnot eingetreten. Die Stadt Mitrovica und Umgegend und viele Ortschaften im ehemaligen Sanhschat Nisibazar liegen unter Wasser. Nach bisheriger Schätzung beträgt der angesicherte Schaden über 20 Millionen Dinar.

R. Jaekel: „Frohe Wandertage im Inostratal“. Soeben erschienen im Heimatverlag von Richard Jaekel, Duerfurt. Preis brosch. 12.— M. und geb. 16.— M. Zu beziehen direkt vom Verlag und durch sämtliche Buchhandlungen.

Frohe Wandertage im Inostratal werden jedem Wanderliebhaber bereit werden, der sich von dem, soeben von Richard Jaekel, Duerfurt herausgegebenen Inostratal führen lassen läßt. Der Naturfreund findet in diesem Wandertage eine große Zahl vom Verfasser selbst gemachter herrliche Aufträge, und neben diesen — und das sei besonders betont — zahlreiche Anregungen zur Sammlung schöner Entwürfe, die für den Wanderer so bleibendem Wert sein sollen. Aber nicht allein zeigt dieser neue Inostratal eine lobenswerte Eigenart. Einen schönen Vorzug muss man auch darin erblicken, daß die den Wanderbesprechungen eingehenden geschichtlichen Momente nicht in nüchtern belehrender, sondern in flüssig erzählender Form dargestellt sind. Nicht gut ist dem Verfasser auch die Beschreibung der Merkwürdigkeiten der Inostratal gelungen, und die trefflichen Illustrationen tragen wesentlich dazu bei, den Wert des Führers zu erhöhen. Im ganzen genommen bildet das Buch eine Wanderung von Duerfurt über Ktern — Rottleben — Nebra — Burgschleibungen — Langza — Freyburg — Großjena zur Inostratalmündung und zurück nach Duerfurt. Eine genaue Landkarte vom Inostratal vervollständigt dieses heimatische Wanderbuch, das ein wertvolles Bild unserer Heimatbücherei darstellt und jedem Inostratalwanderer gewiß gute Dienste leisten wird.